



Vorsitzende: Christiane Staab  
Geschäftsstelle: Silberburgstraße 158 70178 Stuttgart  
Tel.0711 741094 Fax 0711 741096  
E-Mail: [info@leb-bw.de](mailto:info@leb-bw.de)

30.06.2008

**Stellungnahme des 15.Landeselternbeirats zur:  
Verwaltungsvorschrift über die Eingliederung der Schulpsychologischen Beratungsstellen**

In seiner Sitzung am 18.06.2008 hatte sich der 15. Landeselternbeirat mit der Verwaltungsvorschrift über die Eingliederung der Schulpsychologischen Beratungsstellen zu befassen. Hierzu fasste der Landeselternbeirat folgenden Beschluss:

**Der Landeselternbeirat lehnt den vorgelegten Entwurf der Neufassung der  
Verwaltungsvorschrift ab.**

**Begründung:**

Bereits vor, aber auch nach der Verwaltungsstrukturreform 2005 gab es aus Sicht des Landeselternbeirats landesweit viel zu wenig schulpsychologische Beratungsstellen (im Folgenden SPBS), um standortnah, niederschwellig und vor allem schnell auf schulische Probleme (dies betrifft nicht nur einzelne Schüler, sondern auch Lehrer oder ganze Klassen) reagieren zu können. Diese Entfernung von den Betroffenen muss auch als Grund herangezogen werden, weshalb die schulpsychologischen Beratungsstellen kaum im Bereich der Prävention wahrnehmbar waren.

Aufgrund der immer deutlicher werdenden Problemstellungen im Bereich der Gewalt und der Leistungsstörungen von Schülern, aber auch der Lehrgesundheit, hatte die Landesregierung 2007 50 zusätzliche Stellen für Schulpsychologen geschaffen. Dies hatte auch der Landeselternbeirat immer wieder gefordert.

Leider wurde diese Personalaufstockung nicht genutzt, um im Flächenland Baden-Württemberg dezentrale Strukturen aufzubauen, sondern wurden lediglich additiv zu den bereits vorhandenen, räumlich aber unbefriedigend verteilten Stellen eingesetzt.

Durch die Verwaltungsstrukturreform hätte flächendeckend die große Chance bestanden, Schulpsychologen mit den Mitarbeitern der psychologischen Beratungsstellen der Landratsämter und Städte sowie den Jugend- und Sozialämtern vernetzen zu können. Auch andere Beratungsstellen (Suchtberatung, Ehe- und Familienberatung und viele mehr) die bislang nur in Einzelfälle einbezogen werden konnten, hätten durch eine dezentrale Verteilung der zusätzlichen Schulpsychologen von deren Fachwissen profitieren können. Diese Chance würde mit der geplanten Neustrukturierung völlig vertan.

Statt die Möglichkeit zu nutzen, die Qualität von Schule unter Einbeziehung aller Professionen, die mit Kindern, Eltern, Lehrern und dem System Schule zu tun haben, weiterzuentwickeln, setzt die geplante Neustrukturierung auf einen unflexiblen Zentralismus. Wenn Politiker in diesem Zusammenhang nur die vermeintliche „Einsparrendite“ im Blick haben, werden nach Ansicht des Landeselternbeirats grundlegende Zusammenhänge nicht verstanden.

Wer sich mit den Problemen von Kindern nicht nur unter Kostenaspekten befasst, wird sehr schnell feststellen, dass die wenigsten Auffälligkeiten eines Schulkindes ein isoliertes, schulisches Problem darstellen. Häufig treten gleichzeitig Erziehungsschwierigkeiten, Verhaltensauffälligkeiten, familiären Schwierigkeiten und andere Faktoren auf.

Daher scheint es geradezu verwegend zu glauben, schulische Probleme könnten ohne interdisziplinäres Arbeiten exklusiv durch das staatliche Schulamt und die SPBS gelöst werden.

Es ist aus Sicht des Landeselternbeirats in keiner Weise nachvollziehbar, weshalb man die Synergieeffekte verwirft, die sich durch ein gemeinsames Arbeiten mehrerer Fachdisziplinen vor Ort ergeben.

Gerade Eltern mit eigenen Problemen werden kaum Gelegenheit haben, mit ihrem Kind durch die Lande zu reisen (was ist, wenn kein Auto vorhanden ist, oder die Eltern selber psycho-sozial auffällig oder gar krank sind), um es mehrmals einem Psychologen vorzustellen, der weit weg ist von der Schule und den Lehrkräften, die das Kind bilden und erziehen sollen. Hier wird die räumliche Ferne zum unlösbaren Problem und dazu führen, dass die Hilfebedürftigen gar nicht erreicht werden (können).

### **Einrichtung von Bildungsbüros**

Falls die Landesregierung dennoch an der Zentralisation von Schulämtern und Beratungsstellen festhält, müssen dringend dezentrale Bildungsbüros eingerichtet werden, denen dann auch Schulpsychologen zugewiesen werden.

Dringend erforderlich sind niederschwellige Angebote, die von Eltern aber auch Lehrern im Bedarfsfall schnell und ohne geografische Hürden in Anspruch genommen werden können. Wartezeiten von Monaten oder Fahrtstrecken von 50 – 100 Kilometern sind für ein Kind oder einen Lehrer mit Problemen eine Zumutung.

Mehr denn je müssen Schulämter Servicefunktionen übernehmen. Lehrer müssen geocoacht und Schulen vor Ort beraten werden. Es muss über Programme für von Schließung bedrohte Schulen nachgedacht werden, Fortbildungen dem Bedarf vor Ort entsprechend gestrickt werden. Zahlreiche Schulmodelle sollen beantragt werden und müssen engmaschig betreut werden.

Die Kooperation zwischen Haupt- und Realschulen wird intensiven Beratungs- und Begleitungsbedarf haben. Soll in solchen Schulmodellen eine Chance für die Entwicklung des ländlichen Raumes gesehen werden, dann ist ein Abzug der Beratungs- Aufsichts- und Fortbildungseinrichtung Staatliches Schulamt völlig kontraproduktiv.

Im Rahmen der geplanten Schließung vieler staatlicher Schulämter vermisst der Landeselternbeirat vollkommen eine Beschreibung der Aufgaben, die Schulaufsicht in Zukunft wahrnehmen soll. Ständig ändern sich die Zuständigkeiten des Schulamts, dem einerseits Aufgaben abgenommen werden (Ausbildung und Beurteilung der Referendare), andererseits neue Aufgaben zugewiesen werden (Evaluation, Prozessbegleitung bei Profilerstellung, Kooperationsberatung und vieles mehr). Erst mit dieser Aufgabenkritik kann dann aber auch das entsprechende Personal zugewiesen und die geografische Verortung stattfinden.

Flächenländer wie Bayern und Nordrhein-Westfalen machen mit der Einrichtung solcher durch Mischfinanzierung (Kommune/Land) besetzter Stellen sehr gute Erfahrung. Die Bildungsbüros müssten dort angesiedelt werden, wo bisher die Schulämter vor Ort in Kooperation mit den Behörden Schulen beraten, weiterentwickelt und schnell auf Problemstellungen welcher Art auch immer reagiert haben.

Sie könnten die entstandenen Kooperationen mit allen schulischen Partnern weiterführen und ausbauen. Auf die Bildungsbüros könnten dann die Schulpsychologen verteilt werden, die dort gemeinsam mit Vertretern der Jugendhilfe oder Sozialarbeitern bzw. kommunalen Psychologen oder Mitarbeitern der Ehe- und Familienberatungsstellen Rat geben. Denkbar wäre auch, dass nach Terminvereinbarung Schulpsychologen anreisen und in diesen Büros Sprechzeiten abhalten. Hier sind viele Gestaltungsmöglichkeiten vorstellbar. Durch eine teilweise kommunale Besetzung wäre gewährleistet, dass die Bildungsbüros bei der Schulentwicklung interdisziplinär arbeiten können. Es kann auf bestehende Strukturen/Einrichtungen vor Ort zurückgegriffen werden und deren Unterstützung kann den Schulräten zur Schulentwicklung angeboten werden.

Durch die Nähe zu den zu betreuenden Schulen können auftauchende Schwierigkeiten schnell erkannt werden. Fortbildungsmaßnahmen können für die Sprengelschulen bedarfsgerecht, zielorientiert und vor allem in enger Absprache mit den Fachlehrern und der Schulaufsicht angeboten werden. Schulräte, die „ihren“ Schulen auch räumlich eng verbunden sind, können nach Auffassung des Landeselternbeirats effizienter arbeiten.

Der Landeselternbeirat teilt nicht die Auffassung der Landesregierung, dass die SPBS bei der Schulverwaltung verortet werden müssen. Außenstellen, ambulante Sprechstunden, Angliederung an psychologische Beratungsstellen oder Jugendpsychologische Praxen sind vorstellbar. Nur in der gemeinsamen interdisziplinären Arbeit wird die gute und umfassende Lösung von Problemen gelingen.

Schule ist kein geschlossenes System, das sich nur um sich selbst dreht, sondern in den Schulen muss auch personell viel umfassender gearbeitet werden. Es muss auf die Erkenntnis reagiert werden, dass die Schule nur als Teil der Gesellschaft handlungs- und wandlungsfähig sein wird. Schule und Schulverwaltung mit einem „Sonderstatus“ zu versehen bedeutet, dies zu negieren.

Die seit kurzem gewachsene Erkenntnis, dass Schule nicht nur durch Lehrer weiterentwickelt werden kann, sondern hierzu viele gesellschaftliche Kräfte erforderlich sind, wird durch die Reform der Verwaltungsstrukturreform beendet. Nunmehr sollen doch nur Lehrer in Gestalt von Schulräten über Qualität, Lehreraus- und -fortbildung nachdenken dürfen. Das wird zum Schaden des Systems Schule sein.

Die neuen und kooperativen Handlungsmöglichkeiten mit den Landratsämtern und Städten werden durch die erneute Ausgliederung und den Stempel „Sonderbehörde“ sicher an vielen Stellen beendet.

Exklusion statt Inklusion ist auch bei den schulpsychologischen Beratungsstellen der falsche Weg, um Kindern mit ihren persönlichen Problemstellungen, aber auch Klassen mit schwierigen internen Strukturen oder Lehrern zu helfen.

Der Landeselternbeirat

Gez. Christiane Staab